

Herrn Abgeordneten Danny Freymark (CDU) und Herrn Abgeordneten Prof. Dr. Martin Pätzold (CDU)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/11067

vom 21. Februar 2022

über Straftaten in Hohenschönhausen verringern

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie hat sich die Zahl der Straftaten in Hohenschönhausen seit dem Jahr 2016 entwickelt (bitte einzeln auflisten)?

Zu 1.:

Die Entwicklung der Straftaten in Hohenschönhausen seit dem Jahr 2016 kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Jahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Anzahl Straftaten	9.282	8.595	8.588	8.743	9.184	9.265

Quelle: Data Warehouse Führungsinformation, Stand: 24. Februar 2022

2. Welche Initiativen hat der Berliner Senat unternommen, um allgemein Straftaten in Berlin zu verringern?
3. Welche konkreten Maßnahmen hat der Berliner Senat für Hohenschönhausen umgesetzt, um dort die Zahl der Straftaten zu reduzieren?

Zu 2. und 3.:

Das örtliche Straftatenaufkommen in Berlin unterscheidet sich sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht sehr stark. Die einzelnen Deliktsfelder erfordern ein differenziertes polizeiliches Vorgehen. Die Polizei Berlin reagiert auf entstehende Kriminalitätsphänomene lageangepasst, individuell und zeitnah, indem präventive und repressive Maßnahmen an die einzelnen Deliktsfelder und deren Entwicklung angepasst werden. Integrativ werden sowohl uniformierte als auch in bürgerlicher Kleidung eingesetzte Dienstkräfte in erster Linie gefahrenabwehrend, aber auch strafverfolgend tätig.

Im Rahmen der Kriminalitätsbekämpfung werden Kriminalitätsphänomene evaluiert, Schwerpunkte gesetzt und Strategien regelmäßig angepasst. Aktuell stehen in diesem Zusammenhang u. a. die Themenfelder Islamismus, Clankriminalität, Politisch motivierte Kriminalität – rechts, Hasskriminalität, Kinder- und Jugendpornografie, Bandenkriminalität und Sicherheit im Wohnumfeld im Fokus.

Erkannte Orte der Stadt mit einem erhöhten Aufkommen von Straftaten von erheblicher Bedeutung werden von der Polizei Berlin als kriminalitätsbelasteter Ort (kbO) klassifiziert. An den derzeit sieben eingestuften kbO besteht für die Polizei Berlin aufgrund erweiterter Eingriffsbefugnisse gemäß des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes – ASOG Bln – die Möglichkeit, anlassunabhängige Kontrollen durchzuführen und somit gezielt und konsequent die Kriminalitätsbelastung zu reduzieren. Derzeit befinden sich die kbO in den Bezirken Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln.

Die Polizei Berlin betreibt Kriminalprävention auf verschiedenen Ebenen. Die Zentralstelle für Prävention im Landeskriminalamt nimmt sowohl die strategisch-konzeptionellen Grundsatz- und Koordinationsaufgaben als auch operative Aufgaben im Bereich der Kriminalprävention wahr.

Innerhalb der örtlichen Direktionen ist die Polizei Berlin in bezirklichen Präventionsräten vertreten und leistet eine vertrauensvolle Netzwerkarbeit u. a. zu Nichtregierungsorganisationen sowie lokalen Institutionen und Vereinen. Diesbezüglich nimmt die Polizei Berlin regelmäßig an den Treffen des Präventionsrates von Hohenschönhausen teil. Neben der Teilnahme am Präventionsrat in Hohenschönhausen finden Informationsveranstaltungen und die Beteiligung an Präventionsprojekten u. a. zu den Themen „Gewalt“ und Drogen“ statt. Um Straftaten in Hohenschönhausen zu reduzieren, wurden Einsatzkonzeptionen u. a. zur Bekämpfung des Wohnraumeinbruchs, des Kfz-Diebstahls und der Jugendgruppengewalt entwickelt sowie Schwerpunkteinsätze durchgeführt, bei denen sowohl uniformierte als auch bürgerlich gekleidete Dienstkräfte der Polizei Berlin zum Einsatz kommen.

Ferner befinden sich die Polizei Berlin und die bei der Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport angesiedelte Landeskommission Berlin gegen Gewalt in einem regelmäßigen Austausch. In diesem Rahmen finden u. a. enge Abstimmungen zu Inhalten des Landesprogramms Radikalisierungsprävention, zum Gesamtkonzept Berlin gegen Gewalt oder zur Kiezorientierten Gewalt- und Kriminalitätsprävention statt.

Berlin, den 7. März 2022

In Vertretung

Torsten Akmann  
Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport